

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wielnitz, 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Th. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Hagenstein & Vogler,
Rudolph Moosé.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Pozener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 341.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 19. Mai.

Zusätzliche 20 Pf. die schrägschallende Zeitung oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 18. Mai. Der König hat gerufen: die Gerichts-Assessoren liebgestellt in Eisenburg und Hirschbach zu Amtsrichtern zu ernennen; sowie dem Kommerzienrat August Friedrich Hettmann zu Berlin den Charakter als Geheimer Kommerzienrat, den Sanitätsräthen Dr. Schröder und Dr. Hoffmann zu Berlin und dem Kreis-Physicus, Sanitätsrat Dr. Carl Ferdinand Sudanic zu Schleswig den Charakter als Geheimer Sanitätsrat, und dem praktischen Arzt Dr. Dr. Born zu Greifenseberg im Kreise Löwenberg den Charakter als Sanitätsrat zu verleihen; ferner den feierlichen unbefoldeten Beigaben der Stadt Stolberg, Gustav Brum, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine ferne sechsjährige Amtsduer zu bestätigen.

Dem Direktor-Assistenten bei dem Münzkabinett der königlichen Museen zu Berlin, Dr. A. v. Sallet, dem Privatdozenten bei der königlichen Universität zu Halle, Dr. Cornelius, und dem Lehrer der Bauingenieur-Wissenschaften an der königlichen technischen Hochschule zu Berlin, Regierungs-Baumeister Emil Dietrich, ist das Prädikat "Professor" beigelegt worden.

Dem Direktor-Assistenten bei dem Münzkabinett der königlichen Museen zu Berlin, Dr. A. v. Sallet, dem Privatdozenten bei der königlichen Universität zu Halle, Dr. Cornelius, und dem Lehrer der Bauingenieur-Wissenschaften an der königlichen technischen Hochschule zu Berlin, Regierungs-Baumeister Emil Dietrich, ist das Prädikat "Professor" beigelegt worden.

Der Fürst Bismarck, in welcher es u. A. heißt: Allen Respekt vor dem Parlamente! Es ist das Talent der Nation. Aber Bismarck ist ihr Genie und nie noch hat eine Nation sich gedemütigt gefühlt, wenn sie vor ihrem eigenen Genie sich beugte. Sie that es stolz und glücklich, wie eine Mutter vor ihrem rubigen Sohne sich beugt. Sie verherrlicht sich selbst, indem sie ihn ehrt. Das auf Originalität so empfiehlende Volk nahm keinen Anstand, dem Beispiel Italiens zu folgen. Das italienische Volk hat in kritischer Stunde die Diktatur übertragen. Wer sagt uns, daß nicht bald eine solche kritische Stunde schlägt für uns im Osten, für Deutschland im Westen? Wir besorgen den Sturz Bismarck's nicht. Wohl steht Deutschland nicht auf seinen zwei Augen allein. Aber so lange diese zwei Augen offen sind, werden sie das Licht Deutschlands bleiben. Deutschland wird ihn missen können, wenn es muß. Doch so lange es nicht missen muß, wird es nicht können. Wie viel kann in einem unglücklichen Interregnum verdorben werden, wie viel kann vielleicht unmöglich verloren gehen? Wir blicken auf Deutschland nicht als Fremde auf den Fremden — sondern als Brüder auf den Bruderstaat. Deshalb wird unser Herz von bitterer Unmuth ergriffen über die aufreitenden Kämpfe, die in Deutschland zwischen den Besten und dem Besten geführt werden. Wir erinnern uns noch der gehobenen Stimmung, mit welcher die gesammte deutsche Öffentlichkeit im vorigen Jahre das austro-deutsche Bündnis begrüßte. Wie fühlten wir uns nicht gesetzt und geborgen gegen alle Anschläge, welche gallische oder moskowitische Ränkesucht im Schilde führen sollte! Man mag sich heute wirklich so leicht mit dem Gedanken befremden, daß der Schöpfer dieses Bündnisses die Hochwacht verlassen könnte? Es ist die Pflicht der Liberalen, Mittel und Wege zur Beendigung jener Konflikte zu suchen, unter welchen Deutschlands größte Interessen schweren Schaden nehmen müssen. Bahnen soll nicht Recht behalten, der da in seiner "Charakterologie" von den Deutschen sagt: "So recrutierte sich vornehmlich aus unjeren Landsleuten jene Junct von Diogenes-Waffen, die am hellen Tage mit einer Laterne die Sonne suchen."

Über denselben Gegenstand äußern sich in demselben Sinne die anderen der dortigen Regierung nahe stehenden wiener Blätter. Die "Presse" hebt hervor, daß das gute Verhältniß Deutschlands zu Österreich eben gerade durch die Personen Bismarcks verbürgt sei. — Die preußischen Offiziösen sind gegenwärtig ganzlich von der Arbeit in Anspruch genommen, Tag für Tag Herrn Döbrück zu verunglimpfen.

Gestern Abend, nach Rückkehr der Kommissarien aus Hamburg, sollten die Berathungen der Bundesrathausschüsse über den preußischen Antrag betreffs der Stadt Altona beginnen. Wenn auch die Annahme dieses Antrages im Prinzip nicht zu bezweifeln ist, so wird die Feststellung der Einzelheiten jedenfalls noch bedeutende Arbeit verursachen. Vielfach ist die Rede davon, daß der Finanzminister Bitter sich nach Altona begeben wird. Die alte Palliadegrenze zwischen Altona und Pauli, die sich vom Bismesthor bis zum grünen Jäger erstreckte, ist in der That einer sehr eingehenden Besichtigung unterzogen worden. Auch an der Elbmündung ist man in reger Arbeit. Die Provinzialsteuerdirektoren von Hannover und Schleswig-Holstein haben am Donnerstag in Begleitung mehrerer höherer Beamten die neuen Hafenanlagen in Stade in Augenschein genommen und ebenfalls im Altenlande die dort vorhandenen Lösch- und Ladestände inspiziert. Es verlautet, daß der bezeichnete Besuch mit der beauftragten Verlegung der Zollgrenze nach Cuxhaven in Verbindung zu bringen ist.

Über die kirchpolitische Vorlage, so schreibt die "N. Z.", liegen keine Nachrichten vor. Was einzelne Korrespondenten darüber erlauscht haben oder erlauscht zu haben glauben, ist so widersprüchsvoll, daß es nicht verlohnt, etwas davon wiederzugeben. Offenbar wird das Amtsgesetz mit aller Strenge gewahrt, und so kommt es, daß über einen Gegenstand von der höchsten Wichtigkeit, der voraussichtlich in zwei oder drei Wochen die Aufmerksamkeit ungeheilt beschäftigen wird, heute noch kaum gesprochen wird. Der Umstand allein, daß Bismarck seinen Gewohnheiten der letzten Jahre so vollständig zuwider, in Berlin geblieben ist, deutet darauf hin,

dass ein Vorgang von ungewöhnlicher Wichtigkeit sich vorbereitet. Die Rede des Reichskanzlers vom 8. dieses Monats deutet darauf hin, daß diesmal er es ist, welcher der dilatorischen Behandlung der Angelegenheit ein Ende machen und eine vollständige und allseitige Lösung herbeiführen will und zu diesem Zwecke auch seine letzte Karte auflegt, die letzte Konzession, zu welcher er sich unter Voraussetzung der erforderlichen Gegenkonzessionen bereit erklären will, zeigt. Offenbar bereitet sich das Zentrum darauf vor, zu der zu erwartenden Vorlage eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Die große Katholikenversammlung in Dortmund deutet dies an. Die Resolutionen, welche dort gefaßt wurden, fassen sich wesentlich in einem Protest gegen alle diskretionären Gesetze zusammen. Gewiß hat aber Fürst Bismarck Hoffnung, daß man in Rom die Sache anders auffassen wird. Bemerkenswerth genug erscheint es, daß bei jener Versammlung in Dortmund von den parlamentarischen Mitgliedern des Zentrums sich keines gebunden hat.

Über die bereits in der Morgennummer erwähnte Katholikenversammlung in Dortmund berichtet die ultramontane "Westf. Volkszeit." Folgendes:

Der Einladung der katholischen Blätter folgend, hatte sich am 13. Mai im großen Kühnschen Saale zu Dortmund eine nach Tausenden zählende Anzahl von katholischen Männern aus allen Ecken Westfalens eingefunden, um Stellung zu nehmen zu der sich anbahnenden Weiterentwicklung des kirchlich-politischen Kampfes. Ohne Zweifel hatte die Sonnabendrede des Fürsten Bismarck und sein Angriff auf die Zentrumspartei dazu beigetragen, daß die Versammlung trotz des Werkstages und der weiteren Neige, welche die meisten Besucher nach Dortmund zu unternehmen hatten, so stark besucht war. Alle Führer der katholischen Westfalen von fern und nah waren erschienen, und liegt die Bedeutung der Versammlung in erster Linie in ihren wichtigen Resolutionen und dem Umstände, daß sie gerade jetzt, angesichts der beabsichtigten Gesetzesvorlage über die "diskretionäre Gewalt" und nach den scharfen Vorwürfen des Reichskanzlers gegen das Zentrum stattgefunden hat, sowie auch darin, daß alle angesehenen katholischen Männer, Geistliche wie Laien, dort erschienen waren; auf eine große Masse von Besuchern, wie man sie in der Mark sonst gewohnt ist, hatte des Werkstages wegen Niemand gerechnet. Trotzdem war der große Kühnsche Saal und dessen Gallerie bis zum letzten Platz gefüllt und wir schätzten die Anzahl der Anwesenden, auf Grund einer annähernd richtigen Abzählung der Köpfe in einem Theile des Saales und späterer Multiplikation, auf 1800 Personen; die in einem Telegramm angegebene Zahl von dreitausend Besuchern beruht auf einer irrgewissen und zu hohen Schätzung.

Die Versammlung nahm, wie dann weiter mitgetheilt wird, die folgenden kurz vorher von Vertrauensmännern berathenen und festgesetzten Resolutionen an:

I. Die Versammlung spricht der parlamentarischen Fraktion des Zentrums im Land- und Reichstag ihre volle Zustimmung zu deren bisherigen Haltung aus. Die Fraktion hat durch die unerschütterliche Vertheidigung der wahren Freiheit den Dank des katholischen Volkes verdient. Die Versammlung gibt dem festen Vertrauen Ausdruck, daß das Zentrum seine in heftigen Kämpfen errungene Stellung gegen jeden Angriff vertheidigen, und daß es festhalten wird an folgenden in allen Wahlprogrammen der Zentrumspartei enthaltenen Forderungen:

a. Endliche Vermirklichung des von der Verfassung geforderten und gegenwärtig mehr als je notwendigen Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister;

b. allgemeines direktes Wahlrecht — behufs Errichtung einer auf gefundenen Grundlagen beruhenden Vertretung der verschiedenen Volksinteressen in Staat und Gemeinde;

c. Beseitigung der Beschränkungen der Pressefreiheit, so wie des Vereins- und Versammlungsrechtes;

d. Dezentralisation der Verwaltung, wahre Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen;

e. gezielicher Schutz gegen Überschreitung der Befugnisse der Verwaltung und der Polizei;

f. Festhaltung der föderalen Stellung Preußens zum deutschen Reiche und Bekämpfung aller gegen den verfassungsmäßigen föderativen Charakter der staatlichen Verhältnisse in Deutschland gerichteten politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen;

g. Beschränkung der Staats-Ausgaben, insbesondere für die Armee durch angemessene Verkürzung der Dienstzeit und Verminderung der Präsenzstärke des Heeres im Frieden;

h. gleichmäßige und gerechte Vertheilung der Steuern und Lasten; Beseitigung der Doppelbesteuerung; Feststellung der jährlich auszuschreibenden Steuersummen;

i. Erhaltung und Förderung eines kräftigen Mittelstandes in einem selbstständigen Bürger-, Bauern- und Handwerkerstande und dadurch zielende Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung;

k. Freiheit für alle den gesetzlichen Boden nicht verlassende Bestrebungen zur Lösung der sozialen Aufgaben; Bekämpfung der Grundsätze und Agitationen, welche das Eigentum und die soziale Ordnung bedrohen; Unterstützung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes und deren Regelung durch ein Gesetz über die Rechte der Arbeiter.

II. In Betreff der Schulfrage wurde einstimmig beschlossen:

a) Die Versammlung erklärt von Neuem, daß der Anspruch auf unumstrittene Alleinherrschaft des Staates in der Schule die göttlichen Rechte der Kirche eben so, wie die natürlichen Rechte der Eltern schwer beeinträchtigt. Darum müssen die auf die Durchführung jenes Anspruchs gerichteten Bestrebungen, unter welcher Form sie auftreten mögen, mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden.

b) Durchaus frei von jeder staatlichen Beeinflussung muß der römisch-katholische Religionsunterricht in sämtlichen Schulen des Landes — den höheren wie den niederen — sein und bleiben. Darum

verlangen wir 1. daß als Religionslehrer in keinem Falle Demand zu gelassen werde, der nicht den Auftrag der Kirche nachweisen kann; 2. daß die Vertheilung des Unterrichtsstoffes, wie die Bestimmung über die zu gebrauchenden Lehrbücher für den katholischen Religionsunterricht lediglich den Organen der Kirche zusteht.

c) Die Versammlung verurtheilt wiederholt die Einrichtung konfessionell-gemischter Schulen; sie fordert die katholische Bevölkerung zu ausdauerndem Misstrauen gegen solche Volkschulen, wie zur schärfsten Überwachung derselben auf; sie hält an der Überzeugung fest, daß jede Beteiligung der katholischen Geistlichen an dem schulplanmäßigen Unterricht in konfessionell-gemischten Volkschulen eine Gefährdung der kirchlichen Grundsätze einschließt.

d) Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß in den Seminaren zur Ausbildung katholischer Lehrer und Lehrerinnen bei Anstellung der Direktoren, der Lehrer und Lehrerinnen diejenigen Rücksichten nicht genommen werden, welche die römisch-katholische Kirche nach ihrem göttlichen, wie auch nach den durch die Verfassung zugesicherten Rechten fordern kann.

III. In Betreff der kirchlichen Rechte, der "Maigesetze," sowie der augenblicklichen politischen Situation wurde ebenfalls eine in drei Theile zerfallende Resolution gefaßt. Dieselbe ist bereits in unserer Morgenauflage mitgetheilt.

Dem Bericht des ultra-montanen Blattes entnehmen wir schließlich noch folgende Stelle:

Herr Domkapitular Klein verfaßte darauf das Telegramm an den hl. Vater, welches die Anzahl der Besucher, zur Freude der liberalen Blätter, in irriger Weise leider zu hoch schätzend, also lautete: "Eminentissimo Cardinali Nina, Romae. Tria millia virorum catholicorum e provinciis Guestfalia ac Rhenania, ad tuenda iura ecclesiae in urba Tremonia congregati, Sanctissimo Patri fidem, reverentiam, obedientiam promittunt, benedictionem apostolicum humiliter petentes." (Zu Deutsch: Dreitausend (?) katholische Männer aus den Provinzen Westfalen und Rheinland, welche in der Stadt Dortmund zur Wahrung der Rechte der Kirche versammelt sind, versprechen dem heiligen Vater Treue, Ehrfurcht und Gehorham und erbitten demütig den apostolischen Segen.) Herr Domkapitular Klein erörterte das Telegramm in kurzen Worten und forderte sodann die Anwesenden auf, mehr als in letzter Zeit geschehen, durch opferwillige Spenden die durch die Maigesetze geprägten Priester zu unterstützen. Die Opfer, welche zur Unterhaltung der geprägten Priester erforderlich sind, betragen allein in der Diözese Paderborn jährlich 54.000 M., und seit Neujahr ist außerordentlich wenig eingetragen, wohl in Folge der trügerischen Friedenshoffnungen. Ferner wurde beschlossen, an den Kultusminister Namens der Versammlung eine Petition zu richten, dahin gehend, daß die das kirchliche Recht ignorierende einseitige Vertheilung des Lehrstoffes für den Religionsunterricht durch die Kreisschulinspektoren unteragt werde. Mit der Abfassung und Abhandlung wurde Freiherr v. Ledebur-Wicheln betraut. Zum Schluß gab der Vorsitzende, Herr Graf Landsberg, der Liebe und Verehrung der Katholiken zu unserem erlauchten Kaiser warmen Ausdruck, betonte, daß auch für den Fall, daß der h. Stuhl ein Abkommen mit der preußischen Staatsregierung treffe, wodurch die katholische Kirche in Preußen in lümmerlicher Freiheit etwa nur eben das Leben nach ihren Säkungen fristen könne, darum der politische Kampf, der Kampf um die alten Rechte und die volle Freiheit nicht aufhören könne und werde, und brachte sodann ein Hoch auf den h. Kaiser Leo XIII. aus.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Schauß hat vor seinen Wählern in Hof eine Rede gehalten, die um so mehr Beachtung verdient, als es bekannt genug ist, daß Herr v. Schauß so gut wie einige andere Mitglieder der kleinen "liberalen Gruppe" zu den Intimen des Reichskanzlers gehört und nicht selten die Meinungen wiedergibt, die sein hoher Gönner vertraulich gegen ihn geäußert. In diesem Betracht gewinnt natürlich folgender Theil seiner Ausschaffungen an Bedeutung.

Der Charakter der Reichstagsession, meinte Herr v. Schauß, zeigte sich vornehmlich in der Sammlung der oppositionellen Elemente zu dem Zwecke, die gegenwärtige Regierung zu fürchten und zu dem früheren volkswirtschaftlichen System zurückzuführen. Ich bin, fuhr der Redner fort, überzeugt, daß wir jetzt eine gut nationale Regierung haben, während ich ebenso gut überzeugt bin, daß auf diese gut nationale Regierung — sie mag ein Bißchen gewaltätig sein — ein Koalitions-Ministerium folgen würde, in welchem die klerikale Partei einen starken und festen Posten hätte." Herr von Schauß plädiert für Bildung einer gut national gesinnten Majorität, die in wirtschaftlichen Dingen die im vorigen Jahre zum Durchbruch gekommenen Grundsätze vertritt, und fährt fort: "Es wird also darauf zu sehen sein, so viele konservative Wahlen zu erwarten, daß sich eine konservative Majorität bilden kann. Wenn die Wähler nicht zu der Einsicht kommen, daß ihre Vertretung nicht dazu da ist, Opposition zu machen (!), so werden wir allerdings niemals dahin gelangen, wohl aber wird es dann überhaupt zu einer Krise in unserem parlamentarischen Verhältnissen kommen."

So Herr von Schauß, der in den letzten Tagen vor dem Schluß des Reichstags wiederholt den Kanzler gesprochen hat und offenbar der Ansicht ist, die Volksvertreter dürfen unter keinen Umständen anderer Ansicht sein als die Regierung. Wozu denn überhaupt noch ein Parlament? Nach den Ausführungen des Herrn von Schauß übrigens scheint es fast, daß man an maßgebender Stelle, um diese "reichstreue" Majorität zu erlangen, wirklich mit Auflösungsgedanken umgeht. Nun, den Liberalen kann recht sein.

Wie vor einiger Zeit in verschiedenen Blättern zu lesen war, hatte an der böhmischen Grenze ein österreichischer Finanzwächter das Besperbrod, welches für die auf einem böhmischen Acker arbeitenden Leute eines Neugersdorfer (sächsischen) Landwirths bestimmt war, als Kontrebande behandelt. Über dieses Verfahren war bei dem österreichischen Haupt-Zollamt zu Nürnberg Beschwerde geführt worden und hatte im Interesse

aller in Sachsen wohnenden Besitzer und Pächter böhmischer Grundstücke der Gemeindevorstand von Gersdorf ein Gesuch um Abstellung dieser neuesten Praxis eingereicht. Wie uns jetzt von der böhmischen Grenze mitgetheilt wird, hat das Rumburger Hauptzollamt die Beschwerde zurückgewiesen und das Gesuch der Gersdorfer Gemeindevorstandes abschlägig beschieden! Man hat es also nicht mit dem Uebergriffe oder der Chikane eines einzelnen Unterbeamten zu thun, wie einzelne schutzzöllnerische Blätter vermuteten, sondern augenscheinlich mit einem wohlüberlegten Vorgehen der österreichischen Zollbeamten. Und dabei spricht man von dem beiderseitigen Wunsche, dem Grenzverkehr im engeren Sinne keine Hindernisse bereitet zu sehen!

Palästina für die Juden — das ist unter den orthodoxen Israeliten Englands und den dortigen stets an Zahl zunehmenden israelitenfreundlichen Christen schon seit langer Zeit ein beliebter Ruf, welcher in demselben Maße an Stärke gewinnt, als die Macht des politischen Oberherrn des gelobten Landes schwindet. Der englische Prediger Rugée, welcher sich für die Sache interessirt, erläuterte am Freitag in einem öffentlichen Vortrage einen wohlgedachten Plan, welcher in letzter Zeit greifbare Gestalt angenommen hat. Der Engländer Oliphant hat dem Sultan einen Plan vorgelegt, wonach zunächst das Land von Gilead und Moab — die Gebiete der israelitischen Stämme Gad, Ruben und Manasse umfassend — zu einer jüdischen Kolonie umgewandelt werden soll. Selbstverständlich soll der Sultan in klingender Münze abgefunden werden, und wie Rugée erklärte, hatte der Sultan sich über den Vorschlag sehr beifällig geäußert. Auch der neuernannte außerordentliche Botschafter Englands in Konstantinopel, Herr Goschen, soll dem Plane gewogen sein, so daß sich von seiner Verwendung die Förderung derselben erwarten läßt. Das ins Auge gefaßte Gebiet umfaßt etwa 1,500,000 englische Acres oder 600,000 ha und wird gegenwärtig von Nomadenstämmen bewohnt. Die Kolonie soll unter türkischer Oberherrschaft bleiben, indessen einen eigenen Gouverneur, voraussichtlich einen Juden, zum unmittelbaren Herrscher erhalten. Auf diese Weise soll dem Judentum im eigenen Lande wieder ein fester Fuß gesichert und es soll ein Sammelpunkt für das zerstreute Volk Israel geschaffen werden, um welchen sich nach und nach, wie man hofft, ein breiter Gürtel neuer Ansiedlungen schließen kann. Das Kaufgeld soll durch freiwillige Beiträge patriotischer Juden aufgebracht werden. Der Plan ist schon noch weiter ausgebildet worden. Es sollen zwei Eisenbahnen gebaut werden — eine von Jaffa nach Jerusalem, die andere von Haifa bis jenseits des Jordans. Sir Moses Montefiore soll sich für diese Bahnbauten interessiren und bedeutende Geldhülfe zugesagt haben. Zu dem Bau der Bahn nach Jaffa hat die türkische Regierung schon eine Konzession ertheilt, mit dem Vorbehalt, daß die Arbeiten bis zum nächsten Januar begonnen sein müssen. Ferner wird die Anlage eines schiffbaren Kanals vom Mittelmeer nach dem Golf von Akaba und dem Rothen Meere beabsichtigt. Ueberhaupt soll Palästina vollständig den Ideen des neunzehnten Jahrhunderts gemäß „gegründet“ und aufgeschlossen werden, wenn sich nur genug beitragsbereite und ansiedlungswillige Juden dazu finden.

Wie der Londoner „Press Association“ mitgetheilt wird, sucht die Kaiserin Eugenie auf ihren Wanderungen in Südafrika genau den Bewegungen ihres betrauerten Sohnes zu folgen. In Durban hat sie sich dasselbe Zimmer zur Wohnung ameisen lassen, in welchem ihr Sohn gewohnt hat, sie hat sich zu Ausfahrten desselben Wagens bedient, sie hat an demselben Tische gespeist. Es wird weiter gemeldet, daß der Fleck, auf welchem die beiden Kavalleristen, welche zugleich mit dem Prinzen fielen, begraben liegen, mit einer Mauer eingehüttet und mit einem Graben umgeben worden ist. Der auf diese Weise gebildete Begräbnisplatz ist mit Bäumen und Weilchen — der napoleonischen Blume — bepflanzt worden. Der Führer der Zulus, welche den Prinzen und seine Gefährten überfielen, hat an Ort und Stelle hoch und heilig versichert, daß die Trauerstätte niemals entehrt werden soll. Da die Zulus alle Todten mit abergläubischer Verehrung betrachten, so wird das Versprechen mutmaßlich gewissenhaft gehalten werden.

Als vor einiger Zeit von Berlin aus das Gerücht verbreitet wurde, angesehene deutsche Kaufleute jüdischen Bekennnisses seien aus Russland ausgewiesen worden, machte sich in allen nicht von dem Stöcker'schen antisemitischen Geiste angekränkelten Kreisen eine lebhafte Entrüstung über diesen neuen Alt russischer Willkür bemerkbar. Unterm 1. Mai verbreitete aber das „W. T. B.“ aus Petersburg ein Telegramm, welches die Meldung von der Ausweisung ausländischer Juden als „vollständig erfunden und absolut unwahr“ erklärte und in die Kategorie der Sensationsmittheilungen verwies. Im grellen Widerspruch zu diesem anscheinend offiziösen Dementi steht folgende Mittheilung der sehr vorsichtig redigirten deutschen „Petersburger Zeitung“, welche sich, wie sie bemerkt, veranlaßt gesehen hat, „möglichst genaue Informationen über den Gegenstand einzuziehen“:

„Wie wir in Erfahrung gebracht haben, ist die Thatsache der Ausweisung ausländischer hier anreisender Juden richtig. Der Pass eines jeden Ausländer muß bekanntlich nach seiner polizeilichen Anmeldung in dem Passbüro für Ausländer vorgelegt werden, wo derselbe auf seine sechsmonatliche Gültigkeit für Russland abgestempelt wird. Bei dieser Gelegenheit fragt man, wo man dazu Veranlassung zu haben glaubt, die Passinhaber nach ihrem Glauben und sobald sichemand zum mosaïtischen Glauben bekannt, so wird in dem Pass ein Bemerk gemacht, daß ihm als Juden der Aufenthalt in St. Petersburg verboten ist, worauf dann die polizeiliche Ausweisung erfolgt. Höheren Ortes angebrachte Gesuche um Abänderung dieser Maßregeln sind nur in den seltensten Fällen von Erfolg begleitet gewesen. Es handelt sich bei diesem strengen Vorgehen gegen ausländische Juden übrigens keineswegs um eine neue Verordnung, sondern um die jetzt notwendig befindene konsequente Handhabung einer seit langer Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmung, von deren stricker Durchführung man bisher Abstand genommen hatte. Zugleich wird uns aus Berlin geschrieben, daß bei dem Reichskanzleramt Beschwerden erhoben sein sollen, indessen gleichfalls ohne Erfolg, indem der Reichskanzler ausdrücklich erklärt habe, es stehe jeder Regierung frei, Ausländern, wo sie dazu Anlaß zu haben glaube, den Aufenthalt im Lande zu versagen.“

Aus diesen sowie aus anderen Mittheilungen russischer Zeitungen geht jedenfalls hervor, daß die russischen Behörden neuerdings wiederholt gegen die Juden und besonders gegen ausländische Juden mit besonderer Härte vorgegangen sind und einige der letzteren tatsächlich aus Russland ausgewiesen haben. Das offiziöse petersburger Dementi der betreffenden Meldungen deutscher Blätter entsprach daher nicht der Wahrheit, als es jene Meldung „für vollständig erfunden und absolut unwahr“ bezeichnete.

Am 16. Mai haben in Italien die Neuwahlen für die zum 26. d. einberufene Deputirtenkammer stattgefunden. Obgleich gegenwärtig das vollständige Wahlergebnis noch nicht vorliegt, und überdies, wie bereits angekündigt wurde, eine große Anzahl von Stichwahlen notwendig geworden ist, die am Sonntag erfolgen, ist doch schon in diesem Augenblick gewiß, daß der innerhalb der liberalen Partei ausgebrogene Zwist zu meist der Rechten, den sogenannten Constitutionellen zu stehen kommt. Die Dissidenten der Linken, welche ihre Lösung von Crispi, Nicotera und Zanardelli erhalten, werden allerdings auch in der neuen Kammer in der Lage sein, das Ministerium Cairoli-Depretis, falls sich dasselbe an der Regierung erhält, in die Enge zu treiben. Da diese Fraktionen sich aber nicht der Ueberzeugung verschließen können, daß ein weiteres Experiment, durch einen parlamentarischen Handstreich in den Besitz der Regierungsgewalt zu gelangen, leicht zu einem entscheidenden Siege der Konföderation führen würde, so bleibt abzuwarten, ob Crispi und Nicotera ihre Intrigen gegen das Kabinett fogleich wieder beginnen oder vorziehen werden, durch eine Aussöhnung mit dem letzteren ihre Bestrebungen zu fördern.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 18. Mai. [Zuden Freihafen-Fragen.] Broschüre über Kolonisation.] Trotz der Schwierigkeiten und der Kostenbelastung, welche nach den angestellten Ermittlungen die Einverleibung Altonas in das Zollgebiet mit sich führen wird, gilt es in denjenigen politischen Kreisen, welche sich für die Freihafenfrage interessiren, als zweifellos, daß der formelle Besluß der Einverleibung Altonas in die Zollgrenze unmittelbar bevorsteht. Diejenigen sachlichen Einwendungen, welche von dorther in dem Sinne geltend gemacht werden, daß die zollpolitische Trennung Altona's von Hamburg nicht im Interesse der erstgenannten Stadt sei, werden unbeachtet bleiben, da an der entscheidenden Stelle die Ueberzeugung herrscht, das entgegengesetzte, in Altona ebenfalls vertretene Interesse sei weit übergewiegend. Von einer Aufwerfung der Rechtsfrage im Bundesrath bezüglich Altona's aber wird keine Rede sein, nachdem dieselbe seitens des Reichskanzlers selbst betrifft St. Paulis kategorisch zurückgewiesen worden, und die „Utilitätsfrage“ wird in der Beschränkung, in welcher die Angelegenheit momentan zur Entscheidung steht, sicherlich bejahend entschieden werden. Außer Zweifel steht auch, daß das jetzige Abgeordnetenhaus sich zu der Angelegenheit bejahend stellen wird, falls, was anzunehmen ist, die Einverleibung eine Geldbewilligung notwendig macht. Als zweifelhaft gilt, wie der Reichskanzler sich in der nächsten Zeit zu der Frage der Freiheit der Unterelbe verhalten wird. Wie aus den fortlaufenden offiziösen Erörterungen hervorgeht, hält Fürst Bismarck an der Rechtsansicht, daß die Unterelbe ohne einen Akt der Gesetzgebung und ohne ein Recht Hamburgs zum Widerspruch jederzeit in die Zollgrenze einbezogen werden könne, fest; indes angestellte Ermittlungen, bei denen man namentlich auch sich über die auf der Themse unterhalb Londons bestehenden Verhältnisse informiert hat, haben ergeben, daß eine sehr große Anzahl von Zollbeamten erforderlich sein würde, wenn unterhalb Hamburgs die einpassierenden Schiffe selbst nicht einer wirklichen Zollrevision unterworfen, sondern wenn sie nur genehmigt würden, Zollbeamte zur Begleitung bis zur nächsten Zollstelle und bis in den, keiner Zollkontrolle unterliegenden hambuger Hafen an Bord zu nehmen. Was übrigens die Rechtsfrage betrifft der Unterelbe angeht, so zeigt der inzwischen erschienene stenographische Bericht über die beiden letzten Sitzungen des Reichstags, daß die Zeitungsreferate über diese Verhandlungen in bedauerlicher Weise ungenügend waren. Das Schlußwort des Abgeordneten Delbrück in der Verhandlung über die Elbschiffahrtsakte und die Lasker'sche Rede legten die Rechtsfrage viel klarer und überzeugender dar, als das einleitende Referat Delbrück's; leider sind aber jene beiden Reden fast in allen Zeitungsberichten viel zu kurz gekommen. — Als Heft 12 und 13 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“, welche von der hiesigen volkswirtschaftlichen Gesellschaft herausgegeben werden, ist eine eingehende Abhandlung über „Kolonisation“ von F. C. Philippson erschienen. Der Verfasser, der unseres Wissens praktischer Kaufmann ist, hat sich gleichwohl während der wirtschaftlichen Diskussionen der letzten zwei Jahre in verdienstlicher Weise theoretisch, sowohl in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft, als literarisch betätigt. Die vorliegende Schrift über Kolonisation ist allen Deningen zu empfehlen, welche ihr Urtheil in dieser Frage nicht von den für und gegen verbreiteten Schlagworten abhängig machen, sondern es sich auf Grund eines reichhaltigen tatsächlichen Materials bilden wollen. Herr Philippson kritisiert unter Anführung zahlreicher statistischer Daten und durch eine objektive Darstellung der Verhältnisse in den Ackerbau-, Handels- und Strafkolonien anderer Länder die in neuerer Zeit für den Übergang Deutschlands zu einer Kolonisationspolitik erschienenen Streitschriften. Er geht auch auf die Samoangelegenheit ein, indes nur beiläufig. Das Resultat der sachlichen, sehr reichhaltigen Darlegung ist, daß Deutschland — einerlei, wie man die aus unserer älteren Geschichte entsprungene Unmöglichkeit einer früheren deutschen Kolonialpolitik beurtheilen mag — gegenwärtig nichts zu gewinnen, wohl aber große Kosten und Gefahren zu übernehmen hätte, wenn es nunmehr Kolonien erwerben sollte.

Se. R. R. S. der Kronprinz trifft morgen (19.) in

Düsseldorf ein und mit der Frau Kronprinzessin zusammen, welche er im März zu Pegli verlassen hat. Das kronprinzliche Paar kehrt dann am Donnerstag früh nach Potsdam zurück, wo es vorläufig im neuen Palais residiren wird. Die Frau Kronprinzessin hat ihrem ursprünglichen Plane gemäß, 8 Monate im Auslande zugebracht. In etwa 14 Tagen treffen die schleswig-holsteinischen Prinzessinnen mit ihrer Mutter und dem Prinzen Christian wieder in Potsdam ein, und es soll alsdann die formliche Verlobung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Auguste Victoria stattfinden.

Nicht gänzlich unerwartet kommt die Trauerkunde, daß Landtagsabgeordneter Stadtrath Dr. Techow heute früh seinen langen, schweren Leidern erlegen ist. Für die nationalliberale Partei, welcher der Verstorbene, nachdem er an ihrer Gründung einen hervorragenden Anteil gehabt, bis zuletzt angehörte, ist sein Hinscheiden ein schwerer, schmerzlicher Verlust. Die Bedeutung seiner parlamentarischen Tätigkeit eingehend zu würdigen, behalten wir uns vor; einstweilen wollen wir nur hervorheben, daß Dr. Techow am 16. Dezember 1807 geboren, seit 1849 Direktor des Gymnasiums zu Rastenburg, im Jahre 1858 als Vertreter des Wahlkreises Friedland-Rastenburg-Gerdauen in das Abgeordnetenhaus eintrat. Zu einem Mitglied der Fraktion Winde, schloß er sich später der Fortschrittspartei an, bis er im Jahre 1866 die nationalliberale Partei begründete. Seine Haupttätigkeit als Abgeordneter entfaltete er bis zum Jahr 1866 in der Budgetkommission, später in der Unterrichtskommission, deren Vorsitzender er seit 1867 geblieben ist. Von 1871—1878 war Dr. Techow zugleich Mitglied des Reichstags für Lennep-Mettmann. Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit wird ihm die Energie und Entschlossenheit, mit welcher er unter den Führern im Kampfe gegen die kirchliche Reaction wacker gestritten hat, in den weitesten Kreisen eindrucksvoll wahrgenommen. Als Mitglied des Gemeindefinikens von St. Jacobi, als Vorstandsmitglied der Kreisgemeinde Berlin-Köln, als Mitglied der brandenburgischen Provinzialsynode und der außerordentlichen Generalsynode ist Dr. Techow ebenso mit Eifer und Unermüdlichkeit, als mit Besonnenheit für die liberal-freie Richtung und die Rechte der Kirchengemeinden eingetreten. In jene Kreise reicht der Tod des Mannes eine schwer auszufüllende Lücke.

Für die durch den Tod des General-Lieutenants J. D. von Wiblein erledigte Stelle eines Redakteurs des „Militär-Wochenblattes“ haben sich bis jetzt nicht weniger als 40 Bewerber gemeldet, unter denen sich mehrere hochgestellte Offiziere J. D. und a. D. sowie auch einige aktive Offiziere mittlerer Grade befinden. Bis vor ca. 15 Jahren wurde zur Leitung der Redaktion des benannten Blattes stets ein in Berlin garnisonirender Offizier des Generalstabes dienstlich kommandiert; seitdem aber ist das Blatt in ein Privatunternehmen, über welches das Kriegsministerium sich nur die obere Aufsicht vorbehalten hat, umgewandelt worden, und die Redaktion wird demnächst — zwar noch immer auf Vorschlag der genannten Behörde durch Se. Majestät den Kaiser — aber auch an Offiziere, die sich in das Privatleben zurückgezogen haben, vergeben. — Allgemein wird angenommen, daß der durch Herausgabe der vor trefflichen Jahresberichte der militärischen Wissenschaften rühmlich bekannte Oberst J. D. v. Böbel, die mehrfach erwähnte Stellung erhalten wird; wenigstens herrschte kein Zweifel darüber, daß der Benannte als die bestgeeignete Persönlichkeit dafür bekannt ist. Zwischen werden die Geschäfte der Redaktion durch den Hauptmann v. Dewitz, welcher schon längere Zeit als Adjutant des Generals v. Wiblein fungirt, interimistisch geführt.

Locales und Provinzielles.

Posen, 19. Mai.

Personal-Veränderungen im V. Armee-Corps. Immermann, Premier-Lieutenant im R. S. Train-Batl. Nr. 5, unter Beförderung zum Mittelmeier und Kompagnie-Chef in das Train-Batl. Nr. 15, Kommt, Premier-Lieutenant vom Garde-Train-Batl., in das R. S. Train-Batl. Nr. 5 versetzt. Nehm, Unteroffizier vom R. S. Fuß-Artill.-Regt. Nr. 5, zum Portepeefähnrich befördert.

Archäologische Ausstellung in Kalisch. In Kalisch soll es in einiger Zeit zu einer archäologischen Ausstellung kommen. Viele Gutbesitzer der dortigen Gegenden, die im Besitz von reichen Kollektionen verschiedener seltener und antiker Gegenstände sind, haben, wie wir in einer Korrespondenz des „Golos“ lesen, ihre Beteiligung zugesagt.

Der Kanzlist Hencke an der hiesigen Reichsbank-Hauptstelle feierte am 16. d. M. sein 50jähriges Dienstjubiläum. Seitens seiner vorgezogenen Behörde und seiner Kollegen wurden dem Jubilar ehrliche Anerkennungen zu Theil.

Der Propst Sadowski in Pröttisch ist in Folge Requisition des königl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in den Diözesen Posen und Gnesen, Regerungs-Rath Perkuhn, auf Anordnung des Amtsgerichts Schwerin am 10. d. M. verhaftet worden. Es handte nämlich der königl. Kommissarius bei diesem Gerichte den Antrag gestellt, daß der Propst zum Manifestationseid veranlaßt werde, da es bisher unmöglich gewesen war, Ordnungsstrafen, welche demselben erlegt worden waren, einzuziehen. In dieser Angelegenheit hatte das Amtsgericht auf den 8. d. M. einen Termin anberaumt, und das Gesuch des Propstes, daß er sich zu diesem Termine des Stanislau festes wegen nicht stellen könne, unberücksichtigt gelassen. Am folgenden Tag erfolgte am 10. d. M. die Verhaftung des Propstes. Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes durch die Schwerin des Verbautes 700 M. zur Zahlung der Ordnungsstrafen an, doch lehnte dies das Amtsgericht ab, indem es erklärte, es könne der Propst nicht aus der Haft entlassen werden, als bis der königl. Kommissarius dazu Auftrag ertheilt habe. Es ist demnach die Parochie Pröttisch während der Pfingstfeiertage interimistisch verwaltet gewesen.

Bei der Droschenrevision, welche im Laufe der letzten Wochen abgehalten wurde, sind im Ganzen 108 Droschen und 3 Omnibusse vorgestellt und vorschriftsmäßig befunden worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

* Wien, 17. Mai. [Eisenbahn-Anleihen.] Der „Preß“ zufolge versendete Graf Szapary am 14. d. die Einladungen zu der Konkurrenz um die Eisenbahn-Investitions-Anleihe im Betrage von 11,100,000 Gulden. Zu den Aufgeforderten gehören in Wien das Haus Rothschild, die Kreditanstalt, die Bodencreditanstalt, der Bankverein, die Unionbank und die Anglo-Austrianbank. Die Öfferten müssen bis zum 26. Mai Mittags 12 Uhr eingereicht sein, und ist der Meistbietende der Erste.

** Petersburg, 18. Mai. [Der Verwaltungsrath der großen russischen Eisenbahn-Gesellschaft hat die Dividende pro 1879 auf 6 Rubel Papier festgesetzt, jedoch sollen nur 4½ Rubel zum Auszahlung kommen, 1½ Rubel (oder 900,000 Rubel) sollen zu einem besondern Reservefonds fließen.

*** Vom Londoner Silbermarkt. Aus London wird geschrieben: „Auf dem Silbermarkt zeigt sich gegenwärtig stärkere Nachfrage, und da das Material am Platze nur gering ist, so werden bei dem jetzigen Preis der Barren von 52½ d. wahrscheinlich wieder österreichische Gulden von Venetia nach Indien gesendet werden. Die Urfache dieser größeren Bedarf ist die lebhafte eingetretene Berringerung der Regierungstrachten auf Indien auf 35 Lacs pro Woche, der vielleicht einmaliger auf Indien folgen dürfte. Die bedeutenden Mehrausgaben der indischen Regierung für den Afrikanenkrieg, die sich bis jetzt auf 4,000,000 £ beliefen, sind die Veranlassung zur Verminderung des Traktes. Inwieweit dieses Defizit von der englischen oder indischen Regierung getragen werden wird, ist noch nicht bekannt, jedoch wird die Entscheidung darüber den Silbermarkt beeinflussen.“

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 18. Mai. Ihre K. K. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist heute früh von hier nach Darmstadt abgereist.

Darmstadt, 18. Mai. Ihre K. K. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist heute Nachmittag 2 Uhr hier eingetroffen.

Stuttgart, 18. Mai. Die „Württembergische Landeszeitung“ meldet: Der Generaldirektor der württembergischen Verkehrsanstalten, Geheimrat v. Dillenius, hat unter Berufung auf seine erschütterte Gesundheit um seine Pensionierung nachge sucht.

Hamburg, 18. Mai. Der dritte deutsche Lehrertag ist heute Vormittag hier eröffnet worden. Es sind etwa 900 Lehrer und Lehrerinnen aus allen Theilen Deutschlands anwesend.

Aix, 18. Mai. Die erste englische Post vom 17. d. früh, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 21 Minuten Abends, ist ausgeblieben.

Triest, 17. Mai. Der Lloydampfer „Dettore“ ist heute Vormittag 8½ Uhr mit der östnisch-chinesischen Überlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Wien, 18. Mai. Meldungen der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: Der Finanzminister Ebibb ist von seinem Posten zurückgetreten und zum Generaldirektor der indirekten Steuern ernannt worden; das Finanzministerium übernimmt an seiner Stelle Zoubhi. — Aus Belgia: Fürst Milan wird sich im nächsten Monate zum Besuch des kaiserlichen Hofes nach Wien begeben.

Paris, 18. Mai. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung des Unterstaatssekretärs Constans zum Minister des Innern und die Ernennung Fallières zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern.

Paris, 18. Mai. Die Nachricht der heutigen „Times“, daß Frankreich wahrscheinlich die Initiative ergreifen werde, um von der Pforte die Annahme einer internationalen Kommission zur Überwachung der türkischen Verwaltung zu verlangen, wird in hiesigen gut unterrichteten Kreisen als unrichtig bezeichnet.

Paris, 18. Mai. Der Bischof von Poitiers, Kardinal Pie, ist gestorben. — Der Minister des Innern, Constans, hat sich heute nach Reims begeben, wo die Arbeitseinstellungen einen ziemlich bedenklichen Charakter angenommen haben. — In Roubaix dauert die Arbeitseinstellung noch wie bisher fort; die Hoffnung auf eine Besserung hat sich nicht erfüllt. Einige Arbeiter, welche die Arbeit in der letzten Woche wieder aufgenommen hatten, haben sie aufs Neue niedergelegt; die Streikenden scheinen nach bestimmten Anweisungen zu handeln.

London, 18. Mai. Göschens hat gestern Abend seine Reise nach Konstantinopel angetreten.

London, 18. Mai. Lord Beaconsfield hatte sich gestern nach Windsor begeben, um der Königin einen Besuch abzustatten, und ist heute von dort hierher zurückgekehrt.

Dublin, 18. Mai. In einer von 43 irändischen Parlamentsmitgliedern gestern hier abgehaltenen Versammlung wurde Parnell mit 23 gegen 18 Stimmen zum Führer der Partei der Homeruler gewählt. Zwei Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten.

Nom, 18. Mai. Es sind bis jetzt im Ganzen 336 definitive Wahlen bekannt; von den gewählten Deputirten gehörten 117 der konstitutionellen und 156 der ministeriellen Partei an, während 63 Gewählte Dissidenten sind. Von den erforderlichen 147 Stichwahlen dürften voraussichtlich 54 zu Gunsten der konstitutionellen, 74 zu Gunsten der ministeriellen und 19 zu Gunsten der Dissidenten ausfallen. Aus einigen 20 Wahlkollegien fehlen die Resultate noch; bei etwa 15 gewählten Deputirten läßt sich die Parteistellung nicht mit Sicherheit angeben, weil sie in den Listen verschiedener Parteien als Kandidaten aufgestellt waren. — Bisher verloren die Dissidenten 18 frühere Sitze und gewannen 3 neue, die Ministeriellen verloren 20 Sitze und gewannen 15 neue, die konstitutionellen verloren 5, gewannen dagegen 25 Sitze. Die Parteiverhältnisse in der neuen Kammer hängen von dem Ausfall der Stichwahlen ab.

Petersburg, 18. Mai. Der Prozeß gegen Adrian Michailow, Dr. Weimar und Gen. hat heute Mittag 12 Uhr vor der zweiten Abtheilung des hiesigen Militär-Bezirksgerichts begonnen.

Konstantinopel, 18. Mai. Die Pforte hat noch keine Mittheilung über den angeblichen Vorschlag Englands betreffend den Zusammentritt einer europäischen Konferenz erhalten. Hier verlautet, der König von Griechenland werde sich persönlich wegen Regelung der griechischen Frage an die Großmächte wenden.

Belgrad, 17. Mai. Am 10. d. M. ist von Serbien und Italien eine Deklaration unterzeichnet worden, durch welche im vergangenen Jahre abgeschlossene provisorische Handelskonvention bis zum Abschluß eines definitiven Vertrages verlängert wird.

Newyork, 17. Mai. Nach einer telegraphischen Meldung aus Kingston auf Jamaika hat sich auf Kuba eine republikanische Regierung unter der Präsidentschaft von Calixt Garcia gebildet.

New-York, 17. Mai. Wie die hiesigen Journale melden, hätten sowohl der Vertreter der Föderativrepublik Columbia, wie der Präsident des Bundesstaats Panama die Befehlshaber der nordamerikanischen Kriegsschiffe „Adams“ und „Pearl“ aufgefordert, die von ihnen behufs Errichtung von Kohlenstationen an beiden Küsten des Isthmus von Panama angestellten Ermittlungen bis auf Weiteres einzustellen.

Briefkasten.

Druckfehlerberichtigung. Im Briefkasten der heutigen Morgennummer ist statt „Landgerichts tag“ Landgerichtsrath zu lesen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
18. Nachm. 2	755,7	O schwach	bedeckt	+ 8,5
18. Abends. 10	757,0	O schwach	wolfig	+ 3,5
19. Morgs. 6	758,1	O schwach	völlig heiter	+ 1,0

Wetterbericht vom 18. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen .	770,9	O still	wolfig	10,6
Kopenhagen .	765,8	NO mäßig	wolkenlos	6,8
Stockholm .	765,5	NO sturm.	heiter	3,6
Havaranda .	768,5	N mäßig	bedeckt	0,8
Petersburg .	758,2	NO leicht	Schnee	- 0,6
Moskau .	751,7	NO still	Regen	5,5
Cort .	771,1	SSO leicht	heiter	11,7
Brest .	765,9	O frisch	heiter	9,5
Helder .	767,3	NO leicht	wolfig	8,4
Sylt .	766,9	NO schwach	wolkenlos	8,0
Hamburg .	765,8	NO mäßig	halb bed.	8,3
Swinemünde .	764,0	NO leicht	wolfig	4,2
Neufahrwasser .	764,6	still	Schnee	0,9
Memel .	762,2	NO mäßig	heiter	3,6
Paris .	763,5	NO frisch	wolkenlos	9,0
Krefeld .	fehlt			
Karlsruhe .	761,4	NO schwach	wolkenlos	11,0
Wiesbaden .	763,4	N mäßig	wolkenlos	10,3
Kassel .	764,0	NO schwach	heiter	7,6
München .	760,5	NO stark	wolfig	8,4
Leipzig .	763,9	NO schw.	heiter	8,5
Berlin .	763,5	SW leicht	wolfig	8,9
Wien .	761,7	NW still	heiter	8,8
Breslau .	763,0	NO schwach	wolkenlos	6,8

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Seegang leicht. ³⁾ Gestern Abend, heute früh wenig Regen. ⁴⁾ Früh Regen. ⁵⁾ Nachts Frost.

Übersicht der Witterung.

Unter dem fortlaufenden Einfluß der nordöstlichen Luftströmungen, welche heute in Frankreich und Süddeutschland, sowie im südlichen Schweden eine beträchtliche Stärke erreichen, dehnt sich die seit einigen Tagen eingetretene Abkühlung immer weiter südwärts aus und war seit gestern besonders stark auf einem breiten Streifen, welcher sich bogenförmig von Central-Rußland über Österreich-Ungarn bis zum Bisanischen Gebiete erstreckt. In Nordrussland, wo man vor 2 Tagen Morgens um 7 Uhr noch 18 Grad Wärme beobachtete, ist leichter Frost eingetreten, und von Pommern bis zum Weißen Meere sind allgemein Schneefüllen vorgekommen. Nizza: Nord, schwach, Regen, 16,4 Grad. Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. Mai Mittags 1,76 Meter.
= 18. = 1,74 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 18. Mai. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,46. Pariser do. 80,88. Wiener do. 171,00. R.-M. St.-A. 146. Rheinische do. 158. Hess. Ludwigsb. 97. R.-M.-Br.-Anth. 182. Reichsanl. 100. Reichsbank 150. Darmst. 142. Meininger B. 95. Ost.-ung. B. 714,00. Kreditaktien* 233. Silberrente 62. Papierrente 61. Goldrente 75. Ung. Goldrente 89. 1860er Loosie 123. 1864er Loosie 31,50. Ung. Staatsl. 211,00. do. Ostb.-Obl. II. 83. Böh. Westbahn 189. Elisabethb. 159. Nordwestb. 135. Galizier 226. Franzosen* 237. Lombarden* 71. Italiener 1877er Russen 91. II. Orientanl. 60. Zentr.-Pacific 109. Distrikto-Kommandit — Elbthalbahn — Nach Schlus der Börse: Kreditaktien 233, Franzosen 238, Galizier — ungarische Goldrente — II. Orientanleihe — 1860er Loosie — III. Orientanleihe — Lombarden — Schweizer. Zentralbahn — Mainz-Ludwigshafen — 1877er Russen —

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 234. Franzosen 234. Lombarden — 1860er Loosie — Galizier 226. österreich. Silberrente — ungarische Goldrente — II. Orientanleihe — österr. Goldrente — Papierrente — III. Orientanleihe — 1877er Russen — Meininger Bank — Fest.

Wien, 18. Mai. (Schluß-Course.) Geschäftlos und lusilos. Bankpapiere und Montanwerke schwächer, Renten ruhig, Bahnen verschärf. Papierrente 72,30. Silberrente 73,30. Oesterl. Goldrente 88,50. Ungarische Goldrente 105,47. 1854er Loosie 123,50. 1860er Loosie 130,50. 1864er Loosie 175,00. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 110,25. Kreditaktien 274,30. Franzosen 278,00. Lombarden 84,00. Galizier 264,80. Kasch.-Ober. 125,75. Pardubitzer 126,50. Nordwestbahn 159,00. Elisabethbahn 187,00. Nordbahn 240,50. Österreich-ungar. Bank — Türk. Loosie — Unionbank 105,50. Anglo-Austr. 134,30. Wiener Bantverein 130,25. Ungar. Kredit 263,00. Deutsche Plätze 57,85. Londoner Wechsel 118,70. Pariser do. 47,00. Amsterdamer do. 98,30. Napoleonen 9,46. Dukaten 5,60. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Czernowitz 166,00. Kronpr.-Rudolf 158,00. Franz-Josef 168,00. Theißloose 107,30.

Florenz, 18. Mai. 5 p.C. Italiener Rente 93,30. Gold 21,85. **Paris**, 18. Mai. (Schluß-Course.) Recht fest.

3 proz. amortuirb. Rente 86,95. 3 proz. Rente 85,50. Anleihe de 1872 118,77. Ital. 5 proz. Rente 85,65. Oesterl. Goldrente 75. Ung. Goldrente 91. Russen de 1877 94. Franzosen 598,75. Lombardische Eisenbahn-Altien 180,00. Lombard. Prioritäten 274,00. Türk. de 1865 11,15. 5 proz. rumänische Anleihe 75,25. Credit mobilier 715,00. Spanier exter. 17. do. inter. 16. Suez-kanal-Altien — Banque ottomane 539. Societe generale 562. Credit foncier 125, Egypt 304. Banque de Paris 1030. Banque d'escrime 790. Banque hypothécaire 610. III. Orientanleihe 60. Türk. Loosie 36,25. Londoner Wechsel 25,28.

London, 18. Mai. Consols 99. Italien. 5 proz. Rente 84. Lombarden 7. 3proz. Lombarden alte — 3proz. do. neue 10. 5proz. Russen de 1871 88. 5proz. Russen de 1872 87. 5proz. Russen de 1873 89. 5proz. Türk. de 1865 10. 5proz. fundierte Amerikaner 104. Oesterl. Silberrente — do. Papierrente — Ungar. Goldrente 90. Oesterl. Goldrente 74. Spanier 17. Egypt 98.

Breis. 4prozent. Consols 99. 4proz. bair. Anleihe 98. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,65. Wien 12,10. Paris 25,47. Petersburg 24. Platzdiskont 2 p.C.

Aus der Börse floßen heute 7000 Pfd. Sterl.

Newyork, 17. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 C. Wechsel auf Paris 5,18. 5p.C. fund. Anleihe 103. 4p.C. fundierte Anleihe von 1877 107. Erie-Bahn 37. Central-Pacific 112. Newyork Centralbahn 123.

Produkten-Course.

Köln, 18. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,50. fremder loco 25,50. pr. Mai 23,85. pr. Juli 22,60. pr. November 20,40. Roggen loco 20,50. pr. Mai 18,40. pr. Juli 16,85. pr. November 15,65. Hafer loco 15,50. Rüböl loco 28,50. pr. Mai 28,30. pr. Oktober 29,30.

Bremen, 18. Mai. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white lofo 7,00 Br. per Juni — Br. per Juli — Br. per August-Dezember 7,60 Br.

Hamburg, 18. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen lofo matter, auf Termine ruhig. Roggen lofo fest, auf Termine fest. Weizen per Mai 209 Br. 208 Gd. per September-Okttober 200 Br. 199 Gd. Roggen per Mai 170 Br. 169 Gd. per September-Okttober 151 Br. 150 Gd. Hafer still. Gerste fest. Rüböl still, lofo 55. per Okt. 58. Spiritus fest, per Mai 51 Br. per Juni-Juli 51 Br. per Juli-August 51 Br. per August-September 51 Br. Kaffee ruhig. Umtat 1500 Sac. Petroleum behauptet, Standard white lofo 7,10 Br. 7,00 Gd. per Mai 7,90 Gd. per August-Dezember 7,60 Gd. — Wetter: Windig, falt.

Berl. 18. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen lofo matter, Termine lusilos, per Her

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Mai. Weizen per 1000 Kilo loko 200—235 M. nach Qualität gefordert, seines gelben Märktischer — M. ab Bahn bezahlt, per Mai — bezahlt, per Mai-Juni 223½ M. bez., per Juni-Juli 219½ M. bez., per Juli-August 205½ M. bez., per September-Oktobr-November — M. bez., per November-Dezember — M. bez. Gefündigt 4000 Zentner. Regulierungspreis 223 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 173—180 M. nach Qualität gefordert. Russ. — a. B. bez., inländischer — M. ab Bahn bez., hochfein — M. ab B. bez., seines — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 176—177 bez., per Mai-Juni 170½ bis 171½—171 bez., per Juni-Juli 164—165—164½ bez., per Juli-August 157½—158—157½ bez., per August-Sept. — bez., per Sept.-Oktobr 154—154½ bez. Gefündigt 11000 Zentner. Regulierungspreis 177 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 146—167 nach Qualität gefordert, Russischer 150—158 bezahlt, Pommerscher 158—160 bez., Ost- und Westpreußischer — bez., Schlesischer 158—161 bez., Böhmisches 158—161 bezahlt, Galizischer — bez., per Mai 145½ bez., per Mai-Juni 145 M. bez., per Juni-Juli 144½ bez., per Juli-August 143 bez., per August-September — bez., per Sept.-Oktobr 141 M. bez. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 146 bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochmaare 170—205 M. Futtermaare 160—168 M. — Mais per 1000 Kilo loko 132—135 bez., nach Qualität Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer 134—135 ab Rahm bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0: 28,00—26,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,50—24,50 M., 0: 24,25—23,25 M., per Mai 24,30—24,25 bez., per Mai-Juni 23,90 bez., per Juni-Juli 23,60 M. bezahlt, per Juli-August 23,10 M. bezahlt. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — Delfiaat

Berlin, 18. Mai. Die Erwartungen, welche die Spekulation an die Tage nach dem Feste geknüpft hatte, wurden heute vollständig getäuscht; dieselbe Unlust, welche am Sonnabend den Verkehr kennzeichnete, herrschte auch heute. Die Meldungen von außerhalb hatten keine Anregung geboten und Aufträge seitens des Privatpublikums lagen nur sehr spärlich vor. Die Course waren gegen den Schluss der Sonnabend-Börse wenig verändert, und die Haltung wurde bei Größigung fast allgemein als fest bezeichnet. Doch war der größte Theil der Notirungen nominell. Selbst in Vergischen, deren Aprilneumahme überraschend günstig erschien, fand nur wenig Geschäft statt, und die

Höndes- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 18. Mai 1880.

Preußische Höndes- und Geld-

Course.

Tonsol. Anleihe 4½ 105,90 b3

do. neue 1876 4 99,80 b3 G

Staats-Anleihe 4 99,80 b3 G

Staats-Schuldsch. 3½ 96,90 G

Ost-Deichh.-Obl. 4½ 102,80 G

Berl. Stadt-Obl. 4½ 103,90 b3 G

do. do. 3½ 94,10 G

Schuld. d. B. Kfm. 4½ 102,00 B

Pfan'd briefe: 5 103,70 B

Berliner 5 107,60 G

Landsch. Central 4 99,80 G

Kur u. Neumärk. 3½ 93,00 G

do. neue 3½ 91,50 G

do. do. 4 100,00 b3 G

R. Brandbg. Cred. 4 91,20 G

Ostpreußische 3½ 99,50 b3

do. 4 101,20 b3

Bommersche 3½ 91,50 G

do. 4 99,70 b3

Bohnenche, neue 4 102,10 G

Sächsische, alte 4 99,50 G

Schlesische alt. 3½ 92,00 G

do. alte A. u. C. 4 99,80 B

do. neue A. u. C. 4 99,80 B

Westpr. ritterisch. 3½ 100,00 G

do. 4 99,70 b3

do. II. Serie 5 103,40 G

do. neue 4 103,40 G

Rentenbriefe: Kur u. Neumärk. 4 100,00 G

Bommersche 4 100,25 b3

Bohnenche 4 99,80 G

Preußische 4 99,80 G

Rhein- u. Westfäl. 4 100,00 G

Sächsische 4 100,10 G

Schlesische 4 100,25 G

Souveraines 20-Frankenstücke 16,19 b3

do. 500 Gr. 4,23 G

Dollars 16,67 G

Imperials 13,95 b3

do. 500 Gr. 4,23 G

Fremde Banknoten 4 123,25 b3

do. einlösbar. Leipz. 80,90 G

Franzö. Banknot. 170,80 b3

Desferr. Banknot. 171,00 G

Russ. Noten 100 Rbl. 214,30 b3

Deutsche Höndes. 3½ 142,50 b3 G

Gess. Prich. 440 Th. 283,10 b3

Bad. Pr. A. v. 67. 4 133,25 b3

do. 35 fl. Obligat. 174,70 b3 B

Bair. Präm.-Anl. 4 134,50 b3

Braunsch. 20thl. 4 97,60 b3

Brem. Anl. v. 1874 4 98,70 b3

Cöln-Md.-Pr. Anl. 3½ 133,00 b3 G

Desf. St. Pr. Anl. 3½ 126,40 B

Goth. Pr. Pfödr. 5 121,75 b3

do. II. Abth. 5 119,90 b3

Ob. Pr. A. v. 1866 3 189,00 b3

Lübeckr. Pr.-Anl. 3½ 186,50 b3

Wiedens. Eisenb. 3½ 91,50 B

Meiminger Loose 26,75 b3

do. Pr.-Pfödr. 4 124,00 b3 G

Oldenburger Loose 3 153,10 b3 G

O.-G.-C.-B.-Pfödr. 5 107,50 b3 G

do. do. 5 107,59 b3 G

Ostch. Hypoth. unf. 5 100,75 G

do. do. 4 101,10 b3 G

Nein. Hyp.-Uf. 4 100,75 b3 G

Ostch. Créd. v. A. 5 100,30 b3

do. Hyp.-Pfödr. 5 100,30 b3

Ausländische Höndes.

Ameril. raf. 1881 6 100,40 b3

do. do. 1885 6

do. Bds. (fund.) 5 100,90 G

Normegger Anleihe 4½

Newyork. Std.-Anl. 6 116,60 b3

Desferr. Goldrente 4 75,70 b3 B

do. Pap.-Rente 4½ 61,75 b3

do. Silber-Rente 4½ 62,40 b3

do. Cr. 100 fl. 1858— 234,25 b3

do. Lott.-A. v. 1860 5 123,75 b3 B

do. do. v. 1861 31,70 B

Ungar. Goldrente 6 89,90 b3 B

do. St.-Eßb. Alt. 5 89,70 b3 G

do. Loose 211,25 b3

do. Schatzb. I. 6

do. do. kleine 6

do. do. II. 6

Italienische Rente 5 84,40 G

do. Tab.-Dblg. 6

Rumäner 8 108,75 b3 G

Finnische Loose — 50,40 b3

Russ. Centr.-Bod. 5

do. Engl. A. 1822 5 86,50 b3 G

do. do. A. v. 1862 5 87,80 b3 G

Russ. funb. A. 1870 5 88,75 b3 B

do. do. 1871 5 88,75 b3 B

do. do. 1872 5 88,75 b3 B

Russ. cons. A. 1871 5 88,75 b3 B

do. do. 1873 5 91,20 b3

do. Boden-Credit 5 80,50 b3

do. Pr. A. v. 1864 5 151,70 b3 B

do. do. v. 1866 5 148,20 b3

do. 5. A. Stiegl. 5 62,10 G

do. 6. do. do. 5 85,30 b3 G

do. Pol. Sch.-Dbl. 4 82,50 b3

do. do. kleine 4

Poln. Pfödr. III. E. 5 65,90 b3 G

do. do. 4 56,75 b3 G

Türk. A. v. 1865 5 11,00 b3

do. do. v. 1869 6 29,00 b3 G

do. do. 100 R. vollgez. 3

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 29,00 b3 G

do. do. 100 R. 3 R. 2